

Rede zu rassistischer Polizeigewalt

Antirassismusreferat Würzburg

13.12.2020

- Halim Dener (1994, Hannover)
- Kola Bankole (1994, Frankfurt am Main)
- Zdravko Nikolov Dimitrov (1999, Braunschweig)
- Aamir Ageeb (1999, Frankfurt am Main)
- N'deye Mareame Sarr (2000, Aschaffenburg)
- Michael Paul Nwabuisi (2001, Hamburg)
- Oury Jalloh (2005, Dessau)
- Laye-Alama Condé (2005, Bremen)
- Dominique Koumadio (2006, Dortmund)
- Slieman Hamade (2010, Berlin, Schöneberg)
- Christy Schwundek (2011, Frankfurt am Main)
- Hussam Fadl (2016, Berlin)
- Matiullah Jabarkhil (2018, Fulda)
- Amad Ahmad (2018, Kleve)
- Rooble Muße Warsame (2019, Schweinfurt)

Dies sind nur wenige Namen von migrantischen und nicht-weißen Menschen, die in Deutschland von Polizist_innen ermordet wurden. Sie stellen keine Einzelfälle dar.

Nicht erst seit der Ermordung des Afroamerikaners George Floyd wissen wir, dass nicht-weiße Menschen besonders häufig Betroffene polizeilicher Kontrollen und Polizeigewalt sind, welche im schlimmsten Fall sogar tödlich sind. Dennoch werden in Deutschland Mordfälle wie die, deren Namen ich vorgelesen habe, als Einzelfälle behandelt, wenn sie überhaupt thematisiert werden. Die Verschleierung dieser Thematik wird auch dadurch sichtbar, dass sich Bundesinnenminister Horst Seehofer kontinuierlich weigert eine Studie zu institutionellem Rassismus in der Polizei durchzuführen und stattdessen nun eine Studie zum “Polizeialltag und Gewalt gegen Beamte” in Auftrag gegeben hat, die das Thema Rassismus wieder auf die persönliche Ebene beschränkt. Dabei werden immer wieder Fälle von rechtsextremen Netzwerken innerhalb der Polizei öffentlich gemacht, die zeigen, dass sich Rassismus in der Polizei nicht auf einzelne Personen beschränkt, sondern dass die Institution Polizei rassistisch ist.

Währenddessen machen Wissenschaftler_innen der Uni Bochum die Arbeit, die der Staat verweigert. Die fortlaufende Studie “Körperverletzung im Amt durch

Polizeibeamt*innen” ergibt in ihrem Zwischenbericht, dass Menschen mit Migrationsgeschichte und PoC signifikant öfter im Alltag, also auf dem Weg zur Arbeit oder beim Einkaufen, von polizeilicher Gewalt betroffen sind. Sie erfahren sie also auch unabhängig von politischen oder anderen Großveranstaltungen. Diese Gewalt ist oft Auslöser für schwere Traumata und führen bei Betroffenen sogar dazu, dass sie versuchen ihr Äußeres zu verändern. An dieser Stelle nochmal einen Dank an den AKJ, der einen Vortrag dieser Wissenschaftler_innen in Würzburg ermöglicht hat. Der Stand der Studie weist auch auf eine Normalisierung eines angenommenen Zusammenhangs von Migration, nicht-weiß-sein und Kriminalität innerhalb der Polizei hin.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass dieser angenommene Zusammenhang, das heißt die Kriminalisierung nicht-weißer Menschen, schon früh in Deutschland als Antwort auf antirassistischen und antikapitalistischen Widerstand benutzt wurde und zur tradierten Praxis werden konnte.

Nach einer bundesweiten Welle rassistischer Anschläge durch Neonazis in den 1980er Jahren forderten Teilnehmer_innen einer Trauerdemonstration in Hamburg 1986 über bloße Toleranz hinaus politische Beteiligungsrechte, wie Wahlrecht, Bleiberecht und das Recht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft. Besonders forderten sie Gerechtigkeit für den 1985 in Hamburg von Neonazis toteschlagenen Ramazan Avcı. Die Politik reagierte auf eine für die Betroffenen inakzeptable Weise: Sie sahen die Ermordung Avcıs als Einzelfall, der ihn zufällig zum Opfer machte und nichts mit rassistischen Motiven zu tun habe. Diese Einzelfallbezeichnung rassistischer Vorfälle hallt nur allzu oft wider in zeitgenössischen Einstufungen. Das darauffolgende Gefühl der Schutzlosigkeit bewegte bundesweit migrantische Jugendliche dazu Straßenbanden zu formen. Die rassistische Bedrohung, aufgrund derer diese Straßenbanden entstanden, wurde komplett ausgeblendet. Stattdessen wurden sie zu gewaltbereiten, kriminellen Straßengangs konstruiert. Daraus wurde geschlossen, dass Kriminalität und Gewaltbereitschaft migrantischen Menschen ureigen wahren anstatt die Straßenbanden als Konsequenz der Schutzlosigkeit und des Naziterrors zu verstehen.

Die Philosophie Professorin an der Universität Paris Elsa Dorlin fragt danach wem die Ausübung von Gewalt erlaubt wird und bei wem Gewalt, auch wenn es sich um Widerstand handelt, bestraft wird. Der Widerstand von BI_PoC wird auf perverse Weise vom Selbstschutz zur Rechtfertigung erhöhter Kontrolle und Repression. Diese erhöhte Kontrolle zeigt sich jüngst durch das systematische racial profiling der Polizei, am Schlossplatz Stuttgart und nach der Krawallnacht auch am Opernplatz in Frankfurt. Dort nahm die Polizei gezielt rassifizierte Jugendliche ins Visir. Abgesehen davon ist die Kriminalisierung von Shisha-Bars zentral, die eigentlich einen Rückzugsort und safer space für viele BiPoC in Deutschland darstellen, jedoch durch ständige Polizeikontrollen zur Angriffsfläche gemacht werden. Um ein paar Kilo unverzollten Tabak zu beschlagnahmen kreierte die Polizei das “Feinbild Shishbar” als Ort der Clan-Kriminalität und beflügelte somit Nazis in ihrer Weltanschauung. Wenn wir ehrlich sind tragen auch Polizei

und Politik durch solche Anfeindungen Mitschuld am Anschlag in Hanau am 19. Februar dieses Jahres.

Nicht nur die Verweigerung von Schutz, wie das Nicht-Eingreifen der Polizei während des rassistischen Anschlags in Rostock-Lichtenhagen und überdies die Verwicklung der Polizei in die NSU Morde, sondern auch die beschriebene aktive Kriminalisierung und Anfeindung migrantischer und nicht-weißer Menschen zeigt: Die Polizei schützt uns nicht. Die Polizei stellt für BI_PoC schon immer eine Gefährdung dar.

Unabhängige Beratungsstellen, Dienstnummern und Body Cams werden immer wieder von BI_PoC Initiativen gefordert und wären ein guter Anfang; wir glauben aber auch, dass eine Zukunft ohne Polizei möglich ist, in der Communities statt Staat Verantwortungen und Schutz übernehmen. Was damit gemeint ist, ist eine kollektive Verantwortungsübernahme, die in den USA bereits in vielen Nachbar_innenschaften praktiziert wird. Diese Communities – meist communities of color – erkannten, dass im Falle von Kriminalität oder Gewalt, das Rufen der Polizei aufgrund der pauschalen Kriminalisierung dieser Nachbar_innenschaften oft zu noch gefährlicheren oder gar lebensbedrohlichen Situationen führte. In diesen Communities entwickelten hauptsächlich Schwarze und nicht-weiße Frauen und nicht-binäre Menschen und von Armut und Marginalisierung betroffene Menschen Konzepte, die sich nicht nach “außen” an die Polizei oder die Justiz wenden, sondern nachhaltige Gerechtigkeit ohne Masseninhaftierung, Gewalt, Unterdrückung oder Mord durch Beamt_innen und Staat bestreben. Solch ein Konzept der kollektiven Verantwortungsübernahme soll es betroffenen von Gewalt ermöglichen ihre Handlungsfähigkeit beizubehalten ohne von einem patriarchalen und selbst gewalttätigen System bevormundet oder im Stich gelassen zu werden, es soll Täter_innen Verantwortung übernehmen lassen, nach möglichen Ursachen von Gewaltbereitschaft fragen und Bedingungen, die Gewaltausübung ermöglichen zu gerechten Bedingungen transformieren. Es soll schlussendlich den Gewaltkreislauf beenden, den Polizei und Justiz am laufen halten. Wir wissen, dass bis solch ein Konzept im großen möglich ist noch einiges geschehen muss. Wir erlauben uns aber an so einer Zukunft festzuhalten.

Quellen:

- <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/polizei-rassismus-umfrage-101.html>
- <https://www.instagram.com/p/CC8a8JIodrV/>
- <https://www.facebook.com/bildungsstaette.anne.frank/posts/2933962033327360>
- <https://ze.tt/warum-es-gefaehrlich-und-rassistisch-ist-shisha-bars-zu-daemonisieren/>
- https://www.deutschlandfunkkultur.de/auslaenderkriminalitaet-verzer-rt-dargestellt-das-maerchen.1005.de.html?dram%3Aarticle_id=481705
- <https://www.nytimes.com/2020/08/01/world/europe/germany-nazi-infiltration.html>

- <https://www.fr.de/politik/20-spur-fall-baydars-fuehrt-polizei-13831153.html>
- <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ermittlungen-zur-krawallnacht-in-stuttgart-polizei-beleuchtet-herkunft-der-tatverdaechtigen.f052aed-4f64-4e8b-892c-c0f0e56dbdee.html>
- <https://taz.de/DPolG-Chef-mit-rechter-Vergangenheit/!5695858/>
- <https://www.tagesschau.de/inland/studie-polizei-101.html>
- <https://kviapol.rub.de>
- Kahveci, Çağrı/ Sarp, Özge Pınar 2017: Von Solingen zum NSU: Rassistische Gewalt im kollektiven Gedächtnis von Migrant*innen türkischer Herkunft, in: Karakayalı, Juliane et al. (Hrsg.): Den NSU Komplex analysieren: Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft, Band 38: Edition Politik. Bielefeld: Transcript.
- Dorlin, Elsa 2020: Selbstverteidigung: Eine Philosophie der Gewalt. Berlin: Suhrkamp.
- <https://www.transformativejustice.eu/de/was-sind-community-accountability-kollektive-verantwortungsuebernahme-transformative-justice-transformative-gerechtigkeit/>
- <https://incite-national.org/community-accountability/>